

Lesefassung!

Vergnügungssteuersatzung der Stadt Hohen Neuendorf

Auf Grund der §§ 5 und 35 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg – GO - in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBL I Nr. 14 S. 154), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18. Dezember 2007 (GVBL I Nr. 19 S. 286, 329) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hohen Neuendorf in ihrer Sitzung am 29.05.2008 nachfolgende Satzung beschlossen und am 29.09.2011 durch die 1. Änderungssatzung (gültig ab 01.01.2012) geändert.

§ 1

Steuergegenstand

1. Gegenstand der Steuer ist das Halten von Musik-, Schau-, Scherz-, Spiel-, Geschicklichkeits- oder ähnlichen Apparaten in der Stadt Hohen Neuendorf
 - a) in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen. Objekte werden als Spielhallen oder ähnliche Unternehmen bezeichnet, in denen mehr als fünf Geldspielgeräte mit oder ohne Gewinn aufgestellt werden.
 - b) in Schankwirtschaften, Gastwirtschaften, Beherbergungsbetrieben, Wettannahmestellen, Vereins-, Kantinen- oder ähnlichen Räumen sowie an anderen jedermann zugänglichen Orten.

§ 2

Steuerschuldner

1. Steuerschuldner ist der Halter der gem. § 1 dieser Satzung genannten Apparate (Aufsteller).
2. Neben dem Aufsteller ist auch derjenige Steuerschuldner, dem aufgrund ordnungsrechtlicher Vorschriften die Spielhallenerlaubnis oder Aufstellerlaubnis erteilt worden ist.
3. Die Steuerschuldner sind Gesamtschuldner im Sinne von § 12 Abs. 1 Nr. 2 Kommunalabgabengesetz (KAG) i. V. m. § 44 Abgabenordnung (AO).

§ 3

Erhebungsformen

Die Steuer wird erhoben bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit nach dem Einspielergebnis (§ 4 Abs. 1 Satz 1 und 2); bei Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit nach dem Stückzahlmaßstab (§ 4 Abs. 1 Satz 3).

§ 4

Besteuerung von Apparaten

1. Die Steuer für die Benutzung von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten bemisst sich bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit nach dem Einspielergebnis. Das Einspielergebnis (sogenannter Kasseninhalt) ist der Gesamtbetrag der eingesetzten Spielbeträge (Spieleinsätze) abzüglich der ausgezahlten Gewinne, bereinigt um die Veränderungen der Röhreninhalte und des

Fehlbetrages. Bei Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit bemisst sich die Steuer nach der Anzahl und der Aufstellungsdauer der aufgestellten Geräte.

Die Steuer beträgt je Apparat und angefangenem Kalendermonat bei der Aufstellung

- a) in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen (§ 1 Abs. 1 a dieser Satzung) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit	20 v. H. des Einspielergebnisses
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit	30,00 €

- b) in Schankwirtschaften, Gastwirtschaften, Beherbergungsbetrieben, Wettannahmestellen, Vereins-, Kantinen- oder ähnlichen Räumen sowie an anderen jedermann zugänglichen Orten (§ 1 Abs. 1 b dieser Satzung) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit	8 v. H. des Einspielergebnisses
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit	20,00 €

- c) unabhängig vom Aufstellungsort und der Art des Apparates für Apparate, mit denen Gewalttätigkeit gegen Menschen und/oder Tiere dargestellt wird oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges oder die Würde des Menschen verletzende Praktiken zum Gegenstand haben, soweit sie nicht verboten sind, 20.000,00 € je Apparat und angefangenen Kalendermonat.

Die Voraussetzung für die Erhebung der erhöhten Steuer sind in jedem Fall als gegeben anzusehen, wenn das auf dem Apparat installierte Spiel von der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) keine Jugendfreigabe nach § 14 Jugendschutzgesetz erhalten hat oder von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufgenommen wurde.

2. Besitzt ein Apparat mehrere Spieleinrichtungen, so gilt jede dieser Einrichtungen als ein Apparat. Apparate mit mehr als einer Spieleinrichtung sind solche, an denen gleichzeitig zwei oder mehr Spielvorgänge ausgelöst werden können.
3. Der Halter hat die erstmalige Aufstellung eines Apparates vor dessen Aufstellung, jede Änderung hinsichtlich Art und Anzahl der Apparate an einem Aufstellungsort, bis zum 7. Kalendertag des laufenden Kalendermonats schriftlich anzuzeigen.

Die Anzeige muss die Bezeichnung des Gerätes, den Aufstellungsort, den Zeitpunkt der Inbetriebnahme, die Spielbeschreibung und bei den Geräten mit Gewinnmöglichkeit zusätzlich die Zulassungsnummer enthalten. Bei verspäteter Anzeige bezüglich der Entfernung eines Apparates gilt als Tag der Beendigung des Haltens der Tag des Anzeigeeingangs.

4. Bei der Besteuerung nach den Einspielergebnissen sind die Zählwerkausdrucke für den jeweiligen Abrechnungszeitraum einzureichen, die als Angaben mindestens

Hersteller
Gerätename
Geräteart
Gerätetyp
Gerätenummer
Zulassungsnummer

fortlaufende Nummer und Datum des letzten Zählwerkausdruckes
 Anzahl der entgeltspflichtigen Spiele
 eingesetzte Spielbeträge (Einwurf)
 ausgezahlte Gewinne (Auswurf)
 Veränderungen der Röhreninhalte
 Fehlbetrag
 elektronische Kasse

enthalten müssen.

Die Eintragungen in der Anmeldung sind getrennt nach Aufstellungsorten und anschließend aufsteigend nach Zulassungsnummern vorzunehmen. Die Zählwerkausdrucke sind entsprechend der Vergnügungssteueranmeldung zu sortieren und müssen den Zeitraum vom ersten bis zum letzten Geschäftstag des abgelaufenen Kalendervierteljahres beinhalten, soweit das Steueramt hiervon keine Ausnahme zugelassen hat.

5. Wird im Laufe des Kalenderjahres die Aufstellung von Apparaten im Sinne von Abs. 1 im Stadtgebiet vollständig eingestellt, ist dies der Stadt bis zum 15. Kalendertag des auf die Aufgabe folgenden Monats anzuzeigen sowie eine Steueranmeldung für alle im Kalenderjahr vergangenen Monate einzureichen.

§ 5

Festsetzung und Fälligkeit der Steuer

1. Die Steuer wird für ein Kalendervierteljahr festgesetzt.
2. Die Steuerunterlagen sind bis zum 7. des ersten Folgemonats eines jeden Kalendervierteljahres einzureichen. Die Steuer ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides zu entrichten.
3. Beginnt die Steuerpflicht während des Kalendervierteljahres, ist die Steuer für das Kalendervierteljahr anteilig für den Zeitraum zu belegen.

§ 6

Verspätungszuschlag

Wenn der Steuerschuldner die in dieser Satzung angegebenen Fristen nicht wahrt, kann ein Verspätungszuschlag erhoben werden.

Die Festsetzung eines Verspätungszuschlages bei Nichtabgabe oder nicht fristgerechter Abgabe einer Steuererklärung (Steueranmeldung) erfolgt nach der Vorschrift des § 12 KAG i. V. m. § 152 Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung.

§ 7

Steuerschätzung

Verstößt der Halter der Geräte oder die in § 2 dieser Satzung näher bezeichneten Personen gegen eine der Bestimmungen dieser Satzung und sind infolge dessen die Besteuerungsgrundlagen nicht mit Sicherheit festzustellen, so wird die Steuer gemäß § 12 KAG i. V. m. § 162 AO geschätzt.

§ 8

Mitwirkungspflichten des Steuerschuldners

1. Der Steuerschuldner und die von ihm betrauten Personen haben der Steuerabteilung der Stadt Hohen Neuendorf auf Verlangen Aufzeichnungen, Bücher, Geschäftspapiere, Druckprotokolle und andere Unterlagen in der Betriebsstätte bzw. den Geschäftsräumen im Stadtgebiet vorzulegen, Auskünfte zu erteilen und - in der Regel nach vorheriger Absprache - in deren Gegenwart aktuelle Druckprotokolle zu erstellen. Es sind die zum Verständnis der Aufzeichnungen erforderlichen Erläuterungen abzugeben.

Sind der Steuerschuldner oder die von ihm betrauten Personen nicht in der Lage Auskünfte zu erteilen oder sind die Auskünfte zur Klärung des Sachverhaltes unzureichend oder versprechen Auskünfte des Steuerschuldners bzw. der von ihm betrauten Personen keinen Erfolg, so kann die Steuerabteilung auch andere, z. B. Betriebsangehörige, um Auskunft ersuchen.

Die Unterlagen sind auf Verlangen der Steuerabteilung der Stadt Hohen Neuendorf unverzüglich und vollständig in den Geschäftsräumen oder, soweit ein geeigneter Geschäftsraum nicht vorhanden ist, in den Wohnräumen oder in den Räumen der Steuerabteilung vorzulegen. Auf die Bestimmungen des § 12 KAG i. V. m. §§ 90 und 93 AO wird verwiesen.

2. Alle durch die Apparate erzeugbaren oder von diesen vorgenommenen Aufzeichnungen sind aufbewahrungspflichtige Unterlagen im Sinne des § 12 KAG i. V. m. § 147 AO.
3. Die Beschäftigten oder Beauftragten der Steuerabteilung sind berechtigt, Grundstücke, Räume und ähnliche Einrichtungen während der üblichen Geschäfts- und Arbeitszeiten zu betreten. Auf § 12 KAG i. V. m. §§ 98 und 99 der AO wird verwiesen.
4. Sowohl der Halter als auch der Eigentümer, der Vermieter, der Besitzer und der sonstige Inhaber der benutzten Räume oder Grundstücke sind verpflichtet, die mit Dienstaussweis oder besonderer Vollmacht ausgestatteten Beschäftigten oder Beauftragten der Steuerabteilung der Stadt Hohen Neuendorf zur Nachprüfung der Erklärungen und zur Feststellung von Steuertatbeständen unentgeltlich Einlass in die Aufstellungsräume zu gewähren.

§ 9

Datenverarbeitung

1. Zur Ermittlung der Steuerpflichtigen und zur Festsetzung der Vergnügungssteuer im Rahmen dieser Satzung ist die Erhebung folgender Daten zulässig:

Personenbezogene Daten werden erhoben über:

- a) Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsname
- b) Anschrift
- c) Bankverbindung

durch Mitteilung bzw. Übermittlung von Ordnungs-, Bürger- und Einwohnermeldeämtern, Gewerbemeldestellen, Sozialversicherungsträgern, dem

Bundeszentralregister, Finanzämtern, dem Gewerbezentralregister sowie anderen Behörden.

2. Die Daten dürfen von der datenverarbeitenden Stelle nur zum Zweck der Steuererhebung nach dieser Satzung weiter verarbeitet werden.

§ 10

Rechtsmittel, Zwangsmaßnahmen, Ordnungswidrigkeiten

1. Die Rechtsmittel gegen Steuerbescheide und sonstige Maßnahmen aufgrund dieser Satzung richten sich nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO, Neufassung am 19.03.1991, BGBl. I S. 686) in der jeweils geltenden Fassung.
2. Für Zwangsmaßnahmen aufgrund dieser Satzung findet das Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG BB) für das Land Brandenburg vom 18.12.1991 (GVBl. I S. 661) in seiner jeweils gültigen Fassung Anwendung.
3. Vorsätzliche oder leichtfertige Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Satzung sind Ordnungswidrigkeiten in Sinne des § 15 KAG und können mit einer Geldbuße geahndet werden. Die Vorschriften des KAG in der jeweils geltenden Fassung finden entsprechende Anwendung.
4. Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig folgenden Vorschriften bzw. Verpflichtungen zuwiderhandelt:
 - a) § 4 Abs. 3 Anzeige der erstmaligen Aufstellung eines Spielapparates
 - b) § 4 Abs. 4 Fristgemäße und vollständige Erklärung des Apparatebestandes
 - c) § 4 Abs. 5 Fristgemäße und vollständige Erklärung über die völlige Aufgabe eines Gerätestandortes
 - d) § 8 Abs. 1 Mitwirkungspflicht, Erstellen und Vorlage von Unterlagen
 - e) § 8 Abs. 3, 4 Verweigerung des Zutritts.
5. Die Ordnungswidrigkeit kann bei leichtfertiger Zuwiderhandlung mit einer Geldbuße von 5,00 € bis 2.500,00 € und bei vorsätzlicher Zuwiderhandlung mit einer Geldbuße von 5,00 € bis 5.000,00 € geahndet werden.